

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50
58509 Lüdenscheid

Spendenkonto: SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11 Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

**Auch im Märkischen Kreis sichern sich die Neo-Nazis
staatliche Finanzspritzen!**

Die Innenministerkonferenz diskutiert darüber, anstelle eines angeblich aussichtslosen Verbotsverfahrens, die NPD finanziell auszutrocknen. Nun haben sich die beiden rechtsradikalen Abgeordneten von NPD und Republikanern im Kreistag des Märkischen Kreises zusammengetan und sichern sich damit erhebliche finanzielle Unterstützung durch den Kreis, also durch uns Steuerzahler. Solange eine Partei zu Wahlen zugelassen ist, kommt der Staat um diese finanzielle Unterstützung nicht herum. Damit können die Lippenbekenntnisse aus der Innenministerkonferenz nur als heiße Luft betrachtet werden. Es gibt nur den einzig richtigen Weg: Das Verbot der NPD. Mehr als 175.000 Menschen haben bei der NoNPD-Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) ihre Unterschrift für ein Verbot gegeben. Bisher weigert sich die Bundesregierung, diese Unterschriften überhaupt entgegenzunehmen. Soviel zu der Ernsthaftigkeit, den Rechtsextremismus bekämpfen zu wollen.

Eine kleine Bemerkung am Rande: Noch vor kurzem flog Jürgen Thiel, Ratsmitglied in Lüdenscheid, wegen zu enger Kontakte zur NPD bei den Republikanern raus. Wenn es um die Erschleichung von erheblichen finanziellen Mitteln geht, sind solche Differenzen schnell mal vergessen.

- **Aus dem Gestern lernen indem wir unsere Geschichte an authentischen Orten dokumentieren!**
- **In der Gegenwart wirken indem wir eintreten für ein sofortiges Verbot der NPD!**
- **Die Zukunft gestalten indem wir dafür sorgen, dass NPD und andere Neo-Nazis keine Steuergelder mehr über unsere Parlamente missbrauchen können!**

V.i.S.d.P.: Martin Sander, Bernd Benscheldt, Dieter Saal, Mathias Wagner --- Layout: Janis Benscheldt --- Erschienen: 26.1.2008

F Lüdenscheid Friedensgruppe

75. Jahrestag:
Machtübergabe an Hitler
(30.01.1933)

63. Jahrestag:
Befreiung Auschwitz
(27.01.1945 - Internationaler Holocaustgedenktag)

Aus dem Gestern lernen

In der Gegenwart wirken

Die Zukunft gestalten

Neonazistische Aktivitäten nehmen wieder zu!

Dies belegt auch der Verfassungsschutzbericht 2006. Doch statt neuen Anstrengungen für ein NPD-Verbot zu investieren, heizt der hessische Ministerpräsident Koch in der heißen Wahlkampfphase eine Kampagne zur Verschärfung des Jugendstrafrechts an. Welche ganz offenkundig besonders gegen ausländische Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gerichtet ist. Die „Lösung“ zielt nicht etwa auf die Beseitigung der Ursachen, sondern auf die „Beseitigung“ der „Symptome“. Die ausländischen jugendlichen Straftäter sollen in Erziehungscamps und dann je nach Schwere der Tat abgeschoben werden. Wie weit ist der Weg vom noch harmlos klingenden Erziehungscamp zum Erziehungslager, zum Arbeits-Erziehungs-Lager. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung endlich weit über 175.000 Unterschriften für ein NPD-Verbot entgegen und vor allem ernst nimmt. Der Nährboden solcher Debatten muss endlich entzogen werden.

Bereits einmal haben die Menschen in unserem Land eine schleichende Entwicklung unterschätzt und die schrittweise Abschaffung der Demokratie klein geredet. Dies mündete in das größte Menschheitsverbrechen überhaupt. Um so wichtiger und dringender ist es, immer wieder die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur wach zu halten.

Gedenken und Erinnern für eine demokratische Zukunft!

Vor 75 Jahren - am 30. Januar 1933 - wurde Hitler und der NSDAP, allen Mahnungen und Warnungen der SPD und KPD zum Trotz, die Macht übertragen. Großgrundbesitzern und Industrie waren Besitzstandswahrung und Gewinnmaximierung wichtig genug, um die Demokratie durch die Nationalsozialisten abschaffen zu lassen und die Menschheit in den bis dahin schlimmsten Krieg zu stürzen.

Vor 63 Jahren – am 27. Januar 1945 – wurde durch die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Auschwitz, Synonym und Gipfel der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Und ausgerechnet an diesem Tag, am Internationalen Holocaustgedenktage, möchte Roland

Koch, der ausländische Mitbürger wieder in Lagern sehen will, wieder zum Ministerpräsidenten gewählt werden.

Dokumentieren und Aufklären!

Die Dokumentation der Geschichte des Nationalsozialismus und die Aufklärung über die zugrunde liegende Ideologie war und ist zu jeder Zeit seit der Befreiung vom Faschismus zwingende Grundlage der Entwicklung einer demokratischen, sozial gerechten und menschlichen Gesellschaft. Umso dringlicher wird das Anliegen, wenn sich die Ideologie in Debatten manifestiert, die aus der so genannten Mitte der Gesellschaft heraus angestoßen werden. Auch wenn den Mahnern in unserem Land meist ein schärferer Wind entgegenschlägt als den Rechtsextremisten, werden wir uns davon nicht abschrecken lassen, weiter über die Gefahren des Faschismus für unsere Gesellschaft aufzuklären und für unsere berechtigten Forderungen zu streiten und zu kämpfen.

Je näher die Aufklärung kommt, desto schwerer fällt sie!

Es hat fast ein halbes Jahrhundert gedauert, bis ein deutscher Bundespräsident vom 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung gesprochen hat. Es hat mehr als ein halbes Jahrhundert gedauert bis die Befreiung von Auschwitz zu einem offiziellen Gedenktage wurde. Aber Auschwitz ist weit weg von Lüdenscheid und der am 8. Mai 1945 beendete Krieg fand ja auch eigentlich irgendwie wo anders statt. Dass der Faschismus auch hier vor Ort stattfand – das mussten wir in jahrelangem Streiten und Diskutieren schmerzlich feststellen – will offensichtlich immer noch eine Mehrheit – auch im Rat der Stadt - nicht wahrhaben. Beispielsweise stößt die Einrichtung einer Mahn-, Gedenk- und Dokumentationsstätte in den ehemaligen Arrestzellen des Alten Rathauses, für die wir uns seit einigen Jahren stark machen, in der lokalen Politik auf vehementen Widerstand. Aber erst, wenn die Aufklärung über den Nationalsozialismus an jedem Ort erfolgt, können Demokraten wachsam werden gegenüber Feinden der Demokratie – auch in Lüdenscheid.